



Protokollauszug

Sitzung	Rat der Stadt Norderney
Status:	öffentlich
Datum	10.12.2014

TOP 11. Mitwirkungsverbot der Ratsmitglieder Jann Ennen und Johannes Terfehr bei Entscheidungen über das Bauvorhaben Marienheim der Norderney Genossenschaft (NG); Antrag der Fraktion Die Grünen/Bündinis 90 Rat 2/2014

Stv. RV Bakker-Dinkla übernimmt den Vorsitz von RV Terfehr zu diesem Tagesordnungspunkt.

RM Wehlage erläutert, dass seine Fraktion RV Terfehr bei Angelegenheiten, die das Bauvorhaben „Marienheim“ der Norderney Genossenschaft (NG) betreffen, aufgrund seiner Tätigkeit im dortigen Vorstand für befangen halte. Das gelte auch für BG Ennen aufgrund seiner Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender der Norderney Genossenschaft. Es werde daher ein Mitwirkungsverbot für BG Ennen und RV Terfehr gem. § 41 Abs. 4.2 NkomVG beantragt.

RV Terfehr erklärt, dass er nicht Mitglied im Vorstand der Norderney Genossenschaft sei und auch nie gewesen sei.

BM Ulrichs erläutert, dass man den Sachverhalt geprüft habe unter der Prämisse, dass RV Terfehr Mitglied des Vorstandes sei, wobei man keinen Hinweis auf eine solche Mitgliedschaft habe feststellen können. Es könne grundsätzlich bei Mitgliedern des Vorstandes, die nach außen Vertretungsrecht der juristischen Person hätten, ein Mitwirkungsverbot bestehen. Das gelte allerdings nicht für Beschlüsse von Satzungen oder Rechtsverordnungen, wie z. B. in der Bauleitplanung. Um solche Beschlüsse gehe es hier im Wesentlichen. Für Mitglieder des entsprechenden Aufsichtsrates bestehe grundsätzlich gar kein Mitwirkungsverbot.

RM Wehlage erklärt, dass er die Information zur Funktion von Herrn Terfehr einem Zeitungsartikel entnommen habe, der wohl diesbezüglich nicht korrekt gewesen sei. Es gehe nicht um die Beschlüsse der Bauleitplanung. Es gehe um die städtebaulichen Verträge und den Durchführungsvertrag. Es gehe darum, ob die NG dadurch konkrete Vor- oder Nachteile habe. 1. stv. BM Harms merkt an, dass auch der Durchführungsvertrag zu einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan gehöre und damit Teil der Bauleitplanung sei. 2. stv. BM Rass stellt fest, dass BG Ennen bei einigen Sitzungen des Verwaltungsausschusses, in denen über das Marienheim beraten worden sei, anwesend gewesen sei und dadurch interne Informationen gehabt habe, bevor die NG das Marienheim erworben habe.

RM Kiefer bittet BG Ennen, sich künftig bei entsprechenden Beschlüssen für befangen zu erklären. BG Ennen führt aus, dass BG Ennen sich bei Beratungen über das Thema im Verwaltungsausschuss immer für befangen erklärt und den Raum verlassen habe. 2. stv. BM Rass widerspricht dem.

Der Antrag wird so abgewandelt, dass er sich nur noch auf BG Ennen bezieht.

Beschluss

Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, entsprechend § 41 Abs. 4,2 NKomVG das Vorliegen eines Mitwirkungsverbotes des Ratsmitgliedes Jann Ennen (Aufsichtsratsvorsitzender NG) bei Entscheidungen über das Bauvorhaben Marienheim der Norderney Genossenschaft (NG) festzustellen, wird zugestimmt.

3 Stimmen dafür

9 Stimmen dagegen

1 Enthaltung

BG Ennen hat an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.